



# Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen

PRESSEMITTEILUNG

Bremen, den 11. März 2021

## **Rechnungshof legt Jahresberichte 2021 vor: Mehr als 20 Millionen Euro Steuereinnahmen gesichert**

Die stetig wachsenden Personalausgaben sieht der Rechnungshof mit Sorge. Nachdem sie schon 2018 um rund 4,3 % gestiegen waren, nahmen sie 2019 nochmals um rund 6 % zu und beliefen sich auf rund 2,1 Milliarden Euro. „Die Verwaltung muss ihre Aufgaben gut erfüllen können. Statt aber auf immer mehr Personal zu setzen, gilt es zunächst belastbar festzustellen, wie vieler Kräfte es für die Aufgabenerfüllung überhaupt bedarf“, sagt die Präsidentin des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen, Bettina Sokol, anlässlich der Vorstellung der Jahresberichte 2021 für Land sowie Stadt und ergänzt: „Die Qualität der Verwaltungsarbeit zu gewährleisten, ist gerade in diesen Zeiten das Gebot der Stunde.“

Die Aspekte von Qualitätssicherung und Ressourcenbedarf stehen daher im Mittelpunkt der diesjährigen Berichte des Rechnungshofs. Aufgrund einer Prüfung konnten beispielsweise drohende Steuerausfälle identifiziert und so mehr als 20 Millionen Euro Steuereinnahmen gesichert werden. Präsidentin Sokol: „Wir freuen uns darüber, dass unsere Prüfungen solche Erfolge bewirken.“ Aber nicht immer lassen sich Folgen fehlerhaften Verwaltungshandelns noch ausräumen. Überhöhte Vergütungen bei der Abrechnung von Erschließungsmaßnahmen hätten ebenso vermieden werden können wie zumindest Teile der Kostensteigerungen beim Erweiterungsbau der Hochschule Bremen. Unrealistische Zielsetzungen, ungeeignete Kennzahlen zur Erfolgskontrolle und fehlende Überprüfungsöglichkeiten von Kalkulationsgrundlagen sind Mängel, deren Vermeidung nicht nur zu Qualitätsverbesserungen führt, sondern auch zur verlässlicheren Kenntnis des Ressourcenbedarfs. „Öffentliche Mittel sind bedarfsgerecht und zielgenau einzusetzen, das gilt auch für das Budget zur Pflege der Straßenbäume und für die Finanzierung des Studierendenwerks“, sagt Sokol.

Bremische Interessen werden außerdem im Zusammenhang mit dem Kreuzfahrtterminal in Bremerhaven aufgrund der Vertrags- und Beteiligungsgestaltungen nicht im gebotenen Umfang gewahrt. Gelände und Anlagen des Kreuzfahrtterminals stehen als Bestandteile des Sondervermögens Hafen im stadtbremischen Eigentum. An der Betreibergesellschaft CCCB ist Bremen aber nur mit 43 % beteiligt. Trotz im Laufe der Jahre enorm hoher bremischer Investitionen erzielt Bremen faktisch nach wie vor keine Erträge aus den Verträgen zur Nutzung von Kaje und Terminalgebäude. Da aufgrund von Gesellschafterbeschlüssen Gewinne der CCCB grundsätzlich vollständig auszuschütten waren, konnten keine Rücklagen für künftige Bedarfe gebildet werden - mit der Folge erheblicher finanzieller Risiken für Bremen. „Die gewählten Beteiligungs- und Vertragsgestaltungen sind mehr als unglücklich für Bremen. Es darf nicht dabei bleiben, dass nur die Betreibergesellschaft profitiert, Bremen aber so gut wie alle finanziellen Risiken alleine trägt“, fordert Präsidentin Sokol.

Die Jahresberichte 2021 sind unter <https://www.rechnungshof.bremen.de> veröffentlicht.

Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen, Die Präsidentin, Birkenstraße 20/21, 28195 Bremen,  
Internet: [www.rechnungshof.bremen.de](http://www.rechnungshof.bremen.de)

bei Rückfragen: Caroline Schreiber / Gabriela Kellermann, Tel.: 0421/361-3440 / -3908, Fax: 0421/361-3910,  
E-Mail: [caroline.schreiber@rechnungshof.bremen.de](mailto:caroline.schreiber@rechnungshof.bremen.de) / [office@rechnungshof.bremen.de](mailto:office@rechnungshof.bremen.de)



Creative Commons: Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitung